

Klare Worte

Gewerkschaftslinker geht bei bundesweitem Ratschlag mit Politik der DGB-Spitzen hart ins Gericht, spart aber auch nicht an Selbstkritik. **Von Herbert Wulff, Frankfurt am Main**

Bernhard Riexinger ist ein Freund klarer Worte. Das hat sich offenbar auch durch die Übernahme des Chefpostens in der Linkspartei nicht geändert. Beim gewerkschaftspolitischen Ratschlag, zu dem am Wochenende mehr als 100 linke Aktivistinnen aus verschiedenen Einzelgewerkschaften in Frankfurt am Main zusammenkamen, übte Riexinger deutliche Kritik an den DGB-Spitzen. Der ehemalige Stuttgarter ver.di-Geschäftsführer ging aber auch mit der von ihm mitgegründeten Gewerkschaftslinken hart ins Gericht. Diese müsse stärker »an den tatsächlichen Kämpfen in den Gewerkschaften und Betrieben anknüpfen«, forderte er.

»Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist trotz etwas besserer Tarifabschlüsse weit davon entfernt, ihre strukturellen Probleme zu überwinden«, sagte Riexinger auf dem von der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG) gemeinsam mit der AG Betrieb und Gewerkschaft in der Partei Die Linke sowie anderen Gruppen organisierten Ratschlag. Die Reallohne gingen weiterhin ebenso zurück wie die Tarifbindung, zugleich breiteten sich prekäre Arbeitsverhältnisse »krebstartig« aus. »Das hat eine dramatische Verschiebung der Kräfteverhältnisse zu Folge. Die Regulierungsfähigkeit der Gewerkschaften bei Löhnen, Arbeitszeiten und -bedingungen hat deutlich abgenommen«, stellte der Linke-Vorsitzende fest. Von den Gewerkschaftsspitzen werde dieser »gigantischen Umverteilung von unten nach oben« zu wenig entgegengesetzt.

Das Problem liegt nach Riexingers Auffassung aber nicht allein in der Politik der Gewerkschaftsführung, sondern auch in der Schwäche der gewerkschaftlichen Linken. »Trotz der zunehmenden Widersprüche ist die Gewerkschaftslinken nicht stärker, sondern schwächer geworden«, bilanzierte er. Es sei in den vergangenen Jahren nicht gelungen, die regionale und betriebliche Verankerung auszubauen. Zudem habe die Gewerkschaftslinken ein gravierendes Problem der Überalterung. Letzteres wurde beim Ratschlag durch die Teilnahme vergleichsweise vieler junger Aktivistinnen zumindest teilweise konterkariert. In der Tat hat die organisierte Gewerkschaftslinken in den vergangenen Jahren aber an Kraft und Einfluss verloren. 2003 hatte sie noch eine



Riexinger setzt neue Akzente. Erstmals trat ein Vorsitzender der Linkspartei auf einem Treffen der Gewerkschaftslinken auf

große Rolle dabei gespielt, gegen den Willen der DGB-Spitze 100.000 Menschen zum Protest gegen die »Agenda 2010« nach Berlin zu mobilisieren. »Damals haben wir die Stimmung getroffen und ihr eine Plattform geboten«, meinte Riexinger. Heute sei die gewerkschaftliche Linke hingegen nur bei wenigen Themen »hegemoniefähig«.

Andere Teilnehmer bewerteten die eigene Rolle nicht ganz so kritisch. So betonte Helmut Born von der ver.di-Linken, man habe beispielsweise eine Rolle dabei gespielt, die gemeinsam vom DGB und dem Unternehmerverband BDA getragene Initiative zur Einschränkung des Streikrechts unter dem Motto der »Tarifeinheit« zu Fall zu bringen. Auch gegen das Vorhaben einer »Tarifreform« im Einzelhandel – die ähnlich katastrophale Auswirkungen hätte wie diejenige im öffentlichen Dienst (siehe jW vom 25. November 2011) – werde in den gewerkschaftsinternen Debatten derzeit recht erfolgreich mobilisiert. Born schränkte allerdings ein: »Das bedeutet nur, das Schlimmste zu verhindern, es ist noch nicht die Durchsetzung einer alternativen Politik.« Die genannten Ausein-

andersetzungen zeigten aber, »daß es Kräfte gibt, mit denen wir zusammenarbeiten können – wir müssen ihnen aber auch die Türen aufmachen«.

Riexinger betonte, die Gewerkschaftslinken sei »notiger denn je« und habe Chancen, ihren Einfluss zu erhöhen. Es gebe viele positive Ansätze zur gewerkschaftlichen Erneuerung – so die Streiks im Einzelhandel, im Gesundheitswesen, in der Reinigungsbranche und anderswo, die sehr entschlossen und mit neuen Methoden geführt würden. »Aufgabe der Linken muß es sein, diese Kämpfe zu befördern und die dabei gemachten Erfahrungen bundesweit zu verbreiten«, erklärte Riexinger. Die Gewerkschaftslinken sei »keine Ersatzgewerkschaft«, sondern müsse versuchen, ihre Vorschläge innerhalb der Beschäftigtenorganisationen durchzusetzen.

Darüber, für welche Positionen sich die Linke stark machen soll, herrschte unter den in Frankfurt versammelten Aktivistinnen weitgehend Einigkeit. Mehrere Redner betonten die Notwendigkeit, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Auch die Sy-

stemfrage müsse weiter thematisiert werden. Heftige Kritik übten sie an der Unterstützung der DGB-Führung für die Politik der »Euro-Rettung« auf Kosten der Beschäftigten und Erwerbslosen. »Es ist eine Schande, wie sehr in den Spitzen der deutschen Gewerkschaften das Elend in den südeuropäischen Gesellschaften ignoriert wird«, formulierte der als Referent geladene Politikwissenschaftler Frank Deppe. Den ärmeren EU-Ländern würden im Zuge einer »Fiskaldiktatur« die Interessen der reicheren Staaten aufgezwungen. In den hiesigen Gewerkschaften dominiere eine Politik des »Krisenkorporatismus«, also der Versuch, die kapitalistische Krise gemeinsam mit Konzernen und Regierung zu überwinden – zu Lasten der Beschäftigten anderer Länder.

Der Ratschlag habe das Ziel, »die Zersplitterung der linken Kräfte in den Gewerkschaften ein Stück weit zu überwinden«, erklärte Christa Hourani vom Arbeitsausschuß der IVG. Fortgesetzt werden soll dieser Versuch bei einer Tagung am 27. Oktober in Stuttgart.

◆ Netzwerk Gewerkschaftslinken: www.labournet.de/GewLinke/index.html

KAMPAGNE Solidarität mit Helmut Schmitt!

◆ **Solidaritätsresolution des gewerkschaftspolitischen Ratschlages am 22. und 23. September in Frankfurt am Main mit dem von fristloser Kündigung bedrohten Kollegen Helmut Schmitt:**

Helmut Schmitt ist seit über 30 Jahren Betriebsrat beim Weinheimer Bodenbelagerhersteller nora systems (früher Freudenberg) und Vorsitzender der Ortsgruppe Weinheim der Gewerkschaft IG BCE. In der Belegschaft ist er anerkannt. So erhielt er bei der Aufsichtsratswahl 2008 und bei der Betriebsratswahl 2010 jeweils die meisten Stimmen. Helmut ist kritisch und für das Unternehmen unbequem. (...) Am 2. Juli 2012 wurde Helmut Schmitt fristlos gekündigt! Seit langem versucht die Geschäftsleitung, Helmut mit Gerichtsverfahren und Abmahnungen einzuschüchtern und mundtot zu machen. Bisher ohne Erfolg. Alle Verfahren hat er gewonnen. Aber diesmal bekam sie offene Unterstützung von der Betriebsratsmehrheit. Diese leitete kurz vor der Kündigung ein Ausschlußverfahren aus dem Betriebsrat gegen Helmut ein und stimmte danach der fristlosen Kündigung zu. Diese Kündigung ist kein Zufall. Sie steht im Zusammenhang mit dem Plan, das Unternehmen erneut zu verkaufen. Durch die Kündigung soll ein erfahrener und kämpferischer Gewerkschaftsaktivist ausgeschaltet und der möglicherweise notwendige Widerstand gegen den Verkauf geschwächt werden. Die Geschäftsleitung bestreitet dies und begründet die fristlose Kündigung mit einer angeblichen Störung des Betriebsfriedens aufgrund von Äußerungen von Helmut auf einer Betriebsversammlung.

Es darf schon gar nicht hingenommen werden, daß Betriebsratsmitglieder wegen Beiträgen auf Betriebsversammlungen gekündigt werden! Dadurch würde nicht nur die Arbeit der Betriebsräte, sondern auch der Gewerkschaften sowie die Meinungsfreiheit im Betrieb weitgehend in Frage gestellt. (...) Nicht zuletzt deswegen dürfen wir diese Kündigung nicht hinnehmen und müssen uns mit Helmut solidarisieren. Setzen wir uns gemeinsam ein für die Rücknahme des Ausschlußverfahrens und der Kündigung!

◆ **Solidaritätsveranstaltung am 28. September, 19 Uhr, im Rolf-Engelbrecht-Haus (Breslauer Str. 40) in Weinheim, veranstaltet vom Komitee »Solidarität mit Helmut Schmitt!«, DGB Weinheim, IG BCE Weinheim. Weitere Informationen: www.gegen-br-mobbing.de**

REALLOHNABBAU STOPPEN, VERTEILUNGSFRAGE NEU STELLEN, POLITISCHES STREIKRECHT DURCHSETZEN

◆ **Aus der Resolution des gewerkschaftspolitischen Ratschlages am 22. und 23. September in Frankfurt am Main:**

Die beim gewerkschaftspolitischen Ratschlag in Frankfurt versammelten Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen DGB-Gewerkschaften haben sich mit den aktuellen Herausforderungen auseinandergesetzt, vor denen die Gewerkschaften in der Krise stehen. Gewerkschaften in der Krise in doppelter Bedeutung: Zum einen, weil es sich nicht nur um eine tiefgreifende Wirtschaftskrise handelt, es ist auch eine ökologische Krise, eine Ernährungskrise usw. Zum anderen, weil ganz unübersehbar die Gewerkschaften – auch in der Bundesrepublik –

selbst in der Krise sind: Ihre faktische Gestaltungsmacht ist gesunken. Die Mitgliedsverluste der letzten 20 Jahre in den meisten Einzelgewerkschaften sind nicht gestoppt, geschweige denn wieder ausgeglichen. (...) Die Gewerkschaften sind (...) sehr weit von einer Position der Gegenmacht abgerückt. Dies erweist sich vor allem bei folgenden Fragen:

– In der Frage der Euro-Krise vermissen wir bei den Gewerkschaftsführungen eine klare Positionierung internationaler Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen in den südeuropäischen Ländern, die unter der grausamen Sparpolitik der Troika leiden. Statt dessen haben die Gewerkschaftsführungen sogar an die Bundestagsabgeordneten appelliert, dem Stabilitätspakt zuzustimmen, der genau diese Politik fortsetzt und verschärft. Das halten wir für skandalös. (...)

– Wir begreifen prekäre Beschäftigung als Herausforderung an alle Gewerkschafter. Sie ist eine Bedrohung und ein Druckmittel auf alle Beschäftigten. Speziell die Leiharbeit müßte unmöglich gemacht werden, was mit Bezug auf den Grundsatz »Equal pay and equal treatment« (gleicher Lohn und gleiche Behandlung für gleichwertige Arbeit) eigentlich leicht zu machen wäre. Aber die Gewerkschaften haben ihre Unterschrift unter Leiharbeitsvertragverträge gesetzt, was diesen Grundsatz unterläuft und den Kampf der Gewerkschaften gegen Billiglöhne und Leiharbeit

politisch völlig unglaubwürdig macht. Wir machen uns für die Abschaffung der Leiharbeit stark.

– Wir setzen uns dafür ein, den fortgesetzten Reallohnabbau zu stoppen und die Verteilungsfrage neu zu stellen. Wir erwarten dies auch von unseren Gewerkschaftsvorständen. Allerdings haben ver.di und IG Metall es auch dieses Jahr versäumt, ihre Tarifrunden offensiv zu führen, miteinander zu verschränken und zu einer politischen Auseinandersetzung zu machen. Wir engagieren uns für eine aktive Tarifpolitik und wollen Armut und Reichtum zum Thema der gesellschaftlichen Auseinandersetzung machen. Dabei scheuen wir uns auch nicht, die Systemfrage zu stellen.

– Wir betrachten die Arbeitszeitverkürzung als ein zentrales, wenn nicht das zentrale Instrument im Kampf gegen Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung und erwarten eine solche Haltung auch von den Gewerkschaftsführungen. (...)

– Das Streikrecht ist bedroht, u. a. durch die Aktivitäten des Kapitalverbandes BDA, der dies durch Gesetzesänderungen massiv einschränken will. Hier darf keine Gewerkschaft mitspielen! Und: Wegducken hilft nicht. Vor allem das politische Streikrecht wird in Zukunft immer wichtiger werden und wir werden es nur dann durchsetzen, wenn wir das Streikrecht praktisch in Anspruch nehmen, also nicht Streiks vermeiden, sondern so oft und so intensiv wie möglich auch real wahrnehmen. (...)